

- Hamburger FuE-Förderrichtlinie -

zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Hamburger Unternehmen

1. Zweck und Rechtsgrundlagen

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, sollen die Hamburger Unternehmen angereizt werden, ihre Forschungsaktivitäten zu erhöhen. Durch die Förderung sollen die Unternehmen mehr und schneller wirtschaftliche Produkt- und Prozessinnovationen entwickeln. Darüber hinaus sollen durch die Förderung die Forschungs- und Entwicklungsnetzwerke in Hamburg zwischen Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und Hamburger Forschungseinrichtungen gestärkt werden. Im Rahmen des Förderzwecks soll das Vorhaben während der Projektlaufzeit grundsätzlich in Hamburg durchgeführt.

Zu diesem Zweck gewährt die Freie und Hansestadt Hamburg Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie und des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation (Abl. C 323 vom 30.12.2006) sowie der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung (LHO). Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen besteht nicht.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden Vorhaben der industriellen Forschung und der experimentellen Entwicklung

2.1.1 Industrielle Forschung bezeichnet planmäßiges Forschen oder kritisches Erforschen zur Gewinnung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln oder zur Verwirklichung erheblicher Verbesserungen bei bestehenden Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen nutzen zu können.

2.1.2 Experimentelle Entwicklung bezeichnet den Erwerb, die Kombination, die Formung und die Verwendung vorhandener wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger einschlägiger Kenntnisse und Fertigkeiten zur Erarbeitung von Plänen und Vorkehrungen oder Konzepten für neue, veränderte oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen.

2.1.3 Es können auch technische Machbarkeitsstudien als Vorbereitung zu derartigen Vorhaben gefördert werden.

2.2 Die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben können durchgeführt werden als:

- Vorhaben eines einzelnen Unternehmens
- Kooperationsvorhaben von mindestens zwei gesellschaftsrechtlich voneinander unabhängigen Unternehmen
- Kooperationsvorhaben von Unternehmen in Zusammenarbeit mit einer oder mehreren öffentlichen Forschungseinrichtungen.

Bevorzugt werden solche Projekte gefördert, in die kleine und mittlere Unternehmen als Kooperationspartner eingebunden sind.

3. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Unternehmen, die über eine Betriebsstätte in Hamburg verfügen.

Ausgeschlossen sind Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (Abl C 244 vom 01.10.2004).

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Förderfähig sind Vorhaben, wenn

- das Vorhaben grundsätzlich in Hamburg durchgeführt wird
- das angestrebte Produkt, Verfahren oder die angestrebte Dienstleistung eine Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Hamburg erwarten lassen,
- das Vorhaben begründete Aussicht auf Erfolg hat, jedoch seine Durchführung ohne öffentliche Mittel nicht oder nur erheblich verzögert in Frage kommt,
- unter Einschluss der beantragten Finanzierungshilfe die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist und der Zuwendungsempfänger bei wirtschaftlicher Betrachtung existenz- und wettbewerbsfähig ist.
- mit dem Vorhaben bei Antragstellung noch nicht begonnen wurde. Vor Zugang des Bewilligungsbescheides darf mit dem FuE-Vorhaben erst nach schriftlicher Genehmigung durch den Projektträger begonnen werden. Dies geschieht auf eigenes Risiko des Antragstellers und begründet keinen Anspruch auf eine Förderung.

4.2 Die Förderung ist gegenüber einer Projektförderung aus Bundes-, EU-Mitteln und/oder sonstigen Quellen nachrangig und kann nur gewährt werden, wenn eine Förderung aus anderen Quellen nicht oder nur unter erheblicher Verzögerung zu erwarten ist. Die Förderung kann bis zu den unter 5.1 genannten Höchstgrenzen Fördermittel aus anderen Quellen aufstocken.

5. Art, Umfang und Höhe der Förderung

5.1 Zuwendungen und bedingt rückzahlbare Zuwendungen

5.1.1 Die finanzielle Förderung erfolgt als Anteilsfinanzierung durch Zuwendungen und bedingt rückzahlbare Zuwendungen. Art und Höhe der Finanzierungshilfen werden nach Prüfung des Förderantrags festgesetzt. Der maximale Zuwendungsanteil (Beihilfeintensität) ist abhängig von der Art des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens und muss für jeden Projektpartner eingehalten werden. Er beträgt:

- bei Vorhaben der experimentellen Entwicklung 25 %
- bei Vorhaben der industriellen Forschung 50 %

der nachgewiesenen und anerkannten Kosten des geförderten Projekts.

Umfasst die FuE-Tätigkeit sowohl experimentelle Entwicklung als auch industrielle Forschung müssen die förderfähigen Teile ein und derselben Maßnahme den Forschungskategorien jeweils einzeln zugeordnet werden.

5.1.2 Der Zuwendungsanteil kann erhöht werden:

- bei Beihilfen für kleine Unternehmen (nach der Definition der EU) um 20 Prozentpunkte
- bei Beihilfen für mittlere Unternehmen (nach der Definition der EU) um 10 Prozentpunkte

Bis zu einer Obergrenze von 80 % kann der Zuwendungsanteil zudem um 15 Prozentpunkte erhöht werden, wenn das Vorhaben in Zusammenarbeit

- zwischen wenigstens zwei eigenständigen Unternehmen, von denen keines mehr als 70% der förderfähigen Kosten bestreitet, durchgeführt wird. Großunternehmen kann dieser Ausschlag nur gewährt werden, wenn mit mindestens einem KMU zusammengearbeitet wird.

oder

- mit einer öffentlichen Forschungseinrichtung, die ihren Sitz in Hamburg hat und auf die wenigstens 15% der förderfähigen Kosten entfallen, durchgeführt wird und die Forschungseinrichtung das Recht hat, die Ergebnisse ihrer Arbeiten zu veröffentlichen. Die Kosten, die der Forschungseinrichtung entstehen, sind in diesem Fall mit bis zu 100 % förderbar.

Unteraufträge, bei denen ein Vertragspartner die Konzeption des Vorhabens vorgibt und die Ergebnisse alleine verwertet, gelten nicht als Zusammenarbeit.

5.1.3 Für technische Machbarkeitsstudien zur Vorbereitung der experimentellen Entwicklung beträgt die maximale Beihilfeintensität 40%, für solche zur Vorbereitung der industriellen Forschung 65%. Bei KMU kann die Beihilfeintensität um bis zu 10 Prozentpunkte erhöht werden.

5.1.4 Die Zuwendungen und bedingt rückzahlbaren Zuwendungen können bis zur Höhe von 500.000 € je Projekt gewährt werden. In Ausnahmefällen, wenn das allgemeine Interesse an dem neuen Verfahren oder Produkt erheblich ist und berechnete Aussicht auf eine wesentliche Stärkung der Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft besteht, können Zuwendungen von bis zu 1.000.000 € gewährt werden.

5.1.5 Als zuwendungs- bzw. beihilfefähige Kosten können berücksichtigt werden:

- Personalkosten für Forscher, Techniker und sonstiges Personal, soweit diese mit dem geförderten Forschungsvorhaben beschäftigt sind.
- Kosten für Instrumente, Ausrüstung, Gebäude und Grundstücke, sofern und solange sie für das Forschungsvorhaben genutzt werden. Werden diese Instrumente, Ausrüstungen und Gebäude nicht in ihrer gesamten Nutzungsdauer für das Forschungsvorhaben verwendet, gilt nur die Wertminderung während der Dauer des Forschungsvorhabens als beihilfefähig, wie sie gemäß der nach geltenden Rechtsvorschriften ordnungsgemäßen Buchhaltungspraxis berechnet wird. Hinsichtlich der Grundstücke sind die Kosten der kommerziellen Übertragung und die tatsächlich entstandenen Kapitalkosten beihilfefähig.
- Kosten für Auftragsforschung, technisches Wissen und zu Marktpreisen von Dritten direkt oder in Lizenz erworbene Patente, sofern die Transaktion zu geschäftsüblichen Konditionen durchgeführt wurde und keine Absprachen vorliegen, sowie Kosten für Beratung und gleichwertige Dienstleistungen, die ausschließlich der Forschungstätigkeit dienen. Diese Kosten gelten in der Regel nur bis zu 70 % der gesamten Vorhabenskosten als förderbar.
- Kosten von KMU für die Erlangung und Beglaubigung von Patenten und anderen Eigentumsrechten, die sich aus dem geförderten Vorhaben ergeben.
- zusätzliche Gemeinkosten, die unmittelbar durch das Forschungsvorhaben entstehen.
- sonstige Betriebsausgaben einschließlich Kosten für Material, Lieferungen und Ähnliches, die im Zuge der Forschungstätigkeit unmittelbar entstehen.

5.1.6 Die bedingt rückzahlbaren Zuwendungen sind nach Abschluss des geförderten Vorhabens binnen sechs Jahren zurückzuzahlen. Bemessungsgrundlage bilden je nach Natur der Ergebnisse des FuE-Vorhabens die Umsätze oder Gewinne aus dem geförderten Vorhaben, der Unternehmenssparte oder des Unternehmens. Die Rückzahlungsmodalitäten werden nach Absprache mit dem geförderten Unternehmen von der Behörde festgesetzt.

5.2 Zinsgünstige Darlehen

5.2.1 Antragsberechtigt sind junge innovative Unternehmen, die die Voraussetzungen der Ziffer 5.4 des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation erfüllen.

5.2.2 Zinslose oder zinsvergünstigte Darlehen können bis zur Höhe von 100 % der förderfähigen Kosten gewährt werden, wobei das Subventionsäquivalent in keinem Fall die maximale Beihilfeintensität nach 5.1 überschreiten darf.

5.2.3 Die Konditionen des Darlehens sollen sich in folgendem Rahmen bewegen:

- Höhe: bis zu 1 Mio. €.
- Laufzeit: bis zu 9 Jahren.

5.2.4 Die Tilgungsbeiträge sind in gleichmäßigen Jahresraten nachträglich zum 31. Dezember fällig. Außerplanmäßige Tilgungen sind jederzeit möglich. Auf Antrag können bis zu drei tilgungsfreie Jahre gewährt werden.

5.3 De-minimis-Beihilfen

5.3.1 Zuwendungen bis zu einer Höhe von 200.000 € können nach den Regelungen der Verordnung über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen (EG Nr. 1998/2006 vom 15.12.2006, ABl. L379/5 vom 28.12.2006) gewährt werden.

Danach ist Voraussetzung, dass ein Unternehmen durch die Förderung nicht innerhalb von drei Steuerjahren mehr als 200.000 € brutto an De-minimis-Beihilfen erhalten würde. Zur Überprüfung der zulässigen Höchstbeträge ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, alle innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren vor Gewährung der Zuwendung erhaltenen „De-minimis“-Beihilfen offenzulegen. Dieser Höchstbetrag gilt für Beihilfen gleich welcher Art und Zielsetzung und unabhängig davon, ob die von dem Mitgliedstaat gewährte Beihilfe ganz oder teilweise aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird.

5.3.2 Die Beihilfen werden als bedingt rückzahlbare Zuwendungen und nicht rückzahlbare Zuwendungen gewährt. Die Rückzahlung von bedingt rückzahlbaren Zuwendungen richtet sich nach Ziffer 5.1.6

6. Verfahren

6.1 Antragsverfahren

Anträge auf Förderung nach dieser Richtlinie sind auf dem Vordruck „Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung“ (Vordruck H 21-15, erhältlich bei der zuständigen Behörde oder bei dem jeweiligen Projektträger) mit den erforderlichen Unterlagen aus denen sich die Förderungswürdigkeit ergibt, beim zuständigen Projektträger zu stellen.

6.1.1 Der Antrag muss die für die Beurteilung des zu fördernden Vorhabens notwendigen Angaben enthalten, insbesondere:

- eine Selbstdarstellung des Unternehmens
- die Erläuterung des FuE-Projekts
- eine Marktanalyse und Vermarktungsstrategie
- Planung des FuE-Projekts
- ein Handelsregisterauszug
- die Jahresabschlüsse der letzten zwei Rechnungsjahre

6.1.2 Die Angaben im Antrag und in den sonstigen eingereichten Unterlagen sind subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch i. V. m. § 1 Hamburgisches Subventionsgesetz. Ändern sich subventionserhebliche Tatsachen im Laufe der Subventionsgewährung, ist dies der Bewilligungsstelle unverzüglich mitzuteilen.

6.2 Bewilligungsverfahren

6.2.1 Die Entscheidung über die Anträge wird von der zuständigen Behörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens und unter Berücksichtigung der verfügbaren Haushaltsmittel getroffen. Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht.

Die Vorbereitung der Entscheidung erfolgt durch einen Projektträger, der Stellungnahmen von Sachverständigen einholen kann. Bei der Auswahl der Gutachter wird auf berechnete Interessen des Antragstellers zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen Rücksicht genommen.

6.2.2 Bei Förderung des beantragten Projekts ergeht an die Antragstellerin ein Bewilligungsbescheid, welcher alle Bestimmungen enthält, die für die ordnungsgemäße Abwicklung des Projekts maßgebend sind und eingehalten werden müssen.

Die zuständige Behörde bzw. der jeweilige Projektträger legt hierbei für den Individualfall u.a. die Berichtstermine zur Beurteilung der Entwicklungstätigkeit fest oder setzt Anforderungen an Zwischenergebnisse. Die unabhängig vom Individualfall für alle Projekte geltenden Bedingungen für eine Förderung sind in den „Besonderen Bewilligungsbedingungen“ zusammengefasst, die Bestandteil des Bewilligungsbescheides sind.

6.3 Anordnungs- und Auszahlungsverfahren

Die Zuwendungsempfänger können je nach Projektfortschritt angefallene Projektkosten bei dem Projektträger geltend machen und unter Vorlage entsprechender Belege und vierteljährlicher Zwischenberichte anteilige Fördermittel abrufen.

6.4 Verwendungsnachweisverfahren

6.4.1 Für die Verwendung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung gelten die "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)".

6.4.2 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch mit Ablauf des sechsten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats dem Projektträger nachzuweisen (Verwendungsnachweis). Ist der Zuwendungszweck nicht bis zum Ablauf des Haushaltsjahres erfüllt, ist binnen vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge ein Zwischennachweis zu führen.

6.4.3 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen. In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge und voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans auszuweisen.

6.5 Zu beachtende Vorschriften

6.5.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO und das Hamburgische Verwaltungsverfahrensgesetz.

6.5.2 Die Freie und Hansestadt Hamburg sowie die von ihr beauftragten Projektträger sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen - auch unangemeldet - zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die Rechte des Rechnungshofes der Freien und Hansestadt Hamburg ergeben sich aus § 91 LHO.

6.5.3 Zuwendungsbescheide werden unwirksam, wenn der Zuwendungsempfänger seine Zahlungen einstellt oder die Eröffnung eines Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt wird oder wenn er die Eidesstattliche Versicherung nach § 807 Zivilprozessordnung abgibt (auflösende Bedingung).

7. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 19.03.2010 in Kraft und gilt bis zum 31.12.2013.